

Die Beamten gegen die Mietsteigerungen. Der Verband der Beamten- und Lehrervereine für Groß-Berlin, dem 25 000 Mitglieder angehören, hat eine Eingabe an das Oberkommando in den Marken gerichtet, in der gebeten wird, den dauernden Mietsteigerungen, die häufig jegliches Maß von Rücksichtnahme auf den Mieter wie überhaupt auf das Einkommen vermissen lassen, ein Ziel zu setzen. Ganz besonders scharf muß eine Mieterhöhung bis zu 65 v. H., wie sie von einzelnen Hausbesitzern gefordert wird, zurückgewiesen werden. Die schwierige Wirtschaftslage verbietet der Beamtenschaft mehr als 10 v. H. der seit Kriegsbeginn an erfolgten Mietsteigerung zuzubilligen. Wegen Behebung der Wohnungsnot fordert der Verband in einer

weiteren Eingabe an den Schwverband Groß-Berlin wie auch an andere maßgebende Stellen: Unterstützung der privaten und genossenschaftlichen Wohnungsherstellung durch Reichs-, Staats- und gemeinblätliche Hilfe; Förderung einer großzügigen Grund- und Bodenpolitik; Vergabe von billigem Siedlungsland zur Schaffung von Heimstätten und Gartenvorstädten; baldige Schaffung und Durchführung eines Kriegerheimstättengesetzes auf reichsgesetzlicher Grundlage; Ausbau der Rechte der Miet-einigungsämter und der Mieterkammer.